## S 22 KR 583/01

## Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Hamburg

Sozialgericht Landessozialgericht Hamburg

Sachgebiet Krankenversicherung

Abteilung 1

Kategorie Beschluss

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 22 KR 583/01 Datum 09.09.2003

2. Instanz

Aktenzeichen L 1 KR 161/03 Datum 03.08.2004

3. Instanz

Datum -

1. Die Berufung des Klägers gegen das Urteil des Sozialgerichts Hamburg vom 9. September 2003 wird zurückgewiesen. 2. AuÃ□ergerichtliche Kosten sind nicht zu erstatten. 3. Die Revision wird nicht zugelassen.

Gründe:

I

Die Beteiligten streiten dar A¼ber, ob der KlAzger aufgrund einer Besch Zzftigung bei dem Beigeladenen zu 1) ab 1. August 1999 Mitglied der Beklagten war.

Hinsichtlich des Sachverhalts bis zum Abschluss des erstinstanzlichen Verfahrens wird auf den Tatbestand des angegriffenen Urteils des Sozialgerichts Hamburg vom 9. September 2003 verwiesen. Das Sozialgericht hat die Klage abgewiesen. Es kĶnne nicht festgestellt werden, dass der KlĤger bei dem Beigeladenen zu 1) in einem abhĤngigen BeschĤftigungsverhĤltnis gestanden habe.

Gegen dieses Urteil hat der KlĤger Berufung eingelegt. Es obliege Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu entscheiden, ob ein abhĤngiges BeschĤftigungsverhĤltnis

vorliege. Diese schlĶssen den Arbeitsvertrag und bestimmten dessen Umsetzung. Nur bei Streit zwischen diesen beiden Personen kĶnne es dem Gericht obliegen, zu entscheiden, ob eine versicherungspflichtige BeschĤftigung vorgelegen habe. Die sozialgerichtliche Entscheidung sei unzutreffend. Das Sozialgericht kĶnne nicht beurteilen, welcher Zeitaufwand fļr die TĤtigkeiten erforderlich sei. Es sei unzumutbar, die Benennung von Zeugen fļr die Art und Weise der ausgeļbten BeschĤftigung zu verlangen. Im Ä□brigen komme es ļberhaupt nicht darauf an, wie Dritte das RechtsverhĤltnis einschĤtzten.

Der KlĤger beantragt sinngemĤÄ□, das Urteil des Sozialgerichts Hamburg vom 9. September 2003 sowie den Bescheid der Beklagten vom 14. Dezember 2000 in der Fassung des Widerspruchsbescheides vom 9. MĤrz 2001 aufzuheben und festzustellen, dass er ab dem 1. August 1999 aufgrund einer versicherungspflichtigen BeschĤftigung bei dem Beigeladenen zu 1) Mitglied der Beklagten war.

Die Beklagte beantragt, die Berufung zurļckzuweisen.

Sie ist der Auffassung, das erstinstanzliche Urteil habe zu Recht ihre Bescheide bestĤtigt. Es habe weder im Verwaltungs- noch im Gerichtsverfahren das Vorliegen einer abhĤngigen BeschĤftigung festgestellt werden kĶnnen. Die Angaben des KlĤgers und des Beigeladenen zu 1) zu Inhalt und Umfang der TĤtigkeit seien nicht plausibel.

Die Beigeladenen zu 2) und zu 3) haben sich den Ausf $\tilde{A}^{1}/4$ hrungen der Beklagten angeschlossen.

Wegen des Sachverhalts im Einzelnen wird auf den Inhalt der Prozessakte und der Verwaltungsakte der Beklagten verwiesen. Sie sind Gegenstand der Beratung und Entscheidung des Senats gewesen.

Ш

Das Gericht kann gemÃxÃ $\$ Âx Âx Abs. 4 Sozialgerichtsgesetz (SGG) die Berufung durch Beschluss zurÃx4ckweisen, da es sie einstimmig fÃx4r unbegrÃx4ndet und eine mÃx4ndliche Verhandlung nicht fÃx4r erforderlich hÃx1t. Die Beteiligten sind vorher gehÃx1rt worden.

Die statthafte, form- und fristgerecht eingelegte und auch im  $\tilde{A} \Box$  brigen zul $\tilde{A}$ xssige Berufung des Kl $\tilde{A}$ xgers (vgl.  $\hat{A}$ \$ $\hat{A}$ \$\$ 143, 144, 151 SGG) ist nicht begr $\tilde{A}$ 14ndet. Der Kl $\tilde{A}$ xger hat keinen Anspruch auf Feststellung einer seit 1. August 1999 bestehenden Mitgliedschaft bei der Beklagten. Zu Recht und mit zutreffender Begr $\tilde{A}$ 14ndung hat das Sozialgericht die Klage abgewiesen. Der Senat verweist zur Vermeidung von Wiederholungen auf die dortige Darstellung der Entscheidungsgr $\tilde{A}$ 14nde ( $\hat{A}$ \$ 153 Abs. 2 SGG).

Entgegen der Auffassung des Klägers ist es nicht entscheidend, ob die Beteiligten von einem versicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis ausgehen. Sie

können zwar ein Vertragsverhältnis nach ihren Vorstellungen ausgestalten, aber wenn AnsprÃ<sup>1</sup>/<sub>4</sub>che gegenÃ<sup>1</sup>/<sub>4</sub>ber Dritten (hier der Beklagten) geltend gemacht werden, muss das Bestehen der abhÄxngigen BeschÄxftigung dargelegt und gegebenenfalls bewiesen werden. Fýr die vom Kläger beanspruchten Mitgliedschaftsrechte bei der Beklagten â∏∏ Krankenversicherungsschutz sowie die daraus resultierenden Sozialleistungen â∏ ist Voraussetzung, dass zum Beigeladenen zu 1) ein versicherungspflichtiges Beschärftigungsverhärltnis besteht. Im Streitfall entscheidet das Gericht, ob ein solches BeschĤftigungsverhĤltnis vorliegt. Ist zwar eine abhĤngige BeschĤftigung schriftlich vereinbart, kann aber deren tatsächliche Durchführung â∏∏ wie hier â∏ trotz Ausschöpfung aller Erkenntnisquellen nicht festgestellt werden, hat derjenige, der einen rechtlichen Vorteil aus der Feststellung ziehen will (also der Kläger), die Folgen der fehlenden Darlegung zu tragen. Dabei kommt es nicht darauf an, aufgrund welcher UmstĤnde Zweifel am Bestehen einer versicherungspflichtigen Beschärftigung vorliegen, und auch nicht, ob es Fäxlle einer Vorspiegelung eines nicht bestehenden Beschärftigungsverhärltnisses gibt, die unerkannt bleiben.

Die Kostenentscheidung folgt aus  $\hat{A}$ § 193 SGG und entspricht dem Ausgang des Rechtsstreits in der Hauptsache.

Ein Grund fÃ $\frac{1}{4}$ r die Zulassung der Revision gemÃ $\frac{2}{4}$   $\frac{2}{4}$ 

Erstellt am: 20.09.2004

Zuletzt verändert am: 23.12.2024